

WDR (26.06.11)

NRW muss für WestLB Schulden machen

NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) hat am Montag (27.06.11) bei den Landtagsfraktionen für das Konzept zur Aufteilung der krisengeschüttelten WestLB geworben. Sein Ziel ist es, für die "Entscheidung dieser Tragweite" einen breiten Konsens im Parlament zu finden. Möglichst noch in dieser Woche soll das Parlament über den Umbauplan abstimmen. Angedacht ist ein Entschließungsantrag. Dabei geht es um ein politisches Signal, da ein Votum des Landtags nicht notwendig ist, um der EU-Kommission das Konzept vorzulegen. Die Frist dafür läuft am Donnerstag ab.

Bisher gibt es im Landtag noch keine breite Zustimmung für das WestLB-Konzept. FDP und vor allem die CDU ringen noch um ihren Kurs, da die Aufspaltung der Landesbank massive Auswirkungen auf den Haushalt haben wird, eines ihrer Schlüsselthemen in der Landespolitik. Der Umbauplan sieht vor, dass das Land der Restbank zusätzliche Garantien in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verfügung stellt. Die rot-grüne Minderheitsregierung will diese Summe über einen Nachtragsetat bereitstellen. Gegen den Nachtragshaushalt 2010 hatten CDU und FDP vor dem Landesverfassungsgericht erfolgreich geklagt. Für den Mittwoch haben CDU, FDP und die Linke jeweils voneinander getrennt zur Zerschlagung der WestLB eine Aktuelle Stunde im Landtag beantragt.

Die Vereinbarung zur Landesbank sei "hohl", kritisierte Linken-Fraktionsvize Rüdiger Sagel gegenüber WDR.de. Es sei noch gar nicht absehbar, wie viele Arbeitsplätze letztendlich betroffen seien und welche finanziellen Folgekosten das "WestLB-Desaster" habe. Es werde sicher nicht bei der einer Milliarde Euro für das Land bleiben, sondern bei einem "mehrstelligen" Milliarden-Betrag enden. "Wir werden deshalb keinen Blankoscheck unterschreiben", sagte Sagel. Es sei den Menschen nicht mehr zu erklären, warum für die WestLB immer Unsummen bereit stünden, für eine sozialere Politik, etwa ein flächendeckendes Sozialticket in NRW oder gebührenfreie Kitas, nicht. Die rot-grüne Minderheitsregierung müsse nun sehen, wo sie ihre Mehrheit herbekomme. "Die Politik des Duldens und des Enthaltens ist vorbei", sagte Sagel.